

Bumerang schlechte Arbeit

Die Arbeitslosigkeit junger Menschen bleibt auf Rekordniveau, unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind für viele Alltag. Das ist schlecht für die Pension.

Dennis Tamesberger

Referent für Arbeitsmarktpolitik
in der AK Oberösterreich

Wenn es um die Pensionen geht, wird ein Thema allzu voreilig an den Rand geschoben: der Arbeitsmarkt. Dabei müsste dieser bei jeglicher Diskussion über die Pensionen im Mittelpunkt stehen. Der Blick über die Grenzen veranschaulicht, dass junge Menschen mit einer äußerst schwierigen Arbeitsmarktsituation konfrontiert sind. Dies gefährdet ihre aktuellen Arbeits- und Lebenschancen, aber auch ihre Absicherung im Alter.

Mantra

Der demografische Wandel, der sich durch die an sich positive Entwicklung kennzeichnet, dass mehr Menschen länger leben: Wie ein Mantra wird rund um die Finanzierung des Pensionssystems der Begriff der Generationengerechtigkeit getrommelt. Dabei wird unterstellt und propagiert, dass aufgrund der höheren Zahl an PensionsbezieherInnen die Finanzierung der Pensionen gefährdet sei und somit die Jugend von heute um ihre Pensionen fürchten müsse.

Im Sinne eines Generationenvertrages erscheine dies als ungerecht. Völlig außer Acht lässt dieses Verständnis einer Generationengerechtigkeit, dass für die Finanzierung des Pensionssystems der Arbeitsmarkt entscheidend ist. Anders ausgedrückt: Es geht darum, wie viele Menschen wie ins Erwerbssystem integriert sind. Gerade was die Integration in die Arbeitswelt betrifft, fühlen sich viele

junge Menschen in Europa von der Politik und Gesellschaft „alleingelassen“ und ausgenutzt.

Hauptbetroffenen von der Krise

Junge Menschen zählen zu den Erst- und Hauptbetroffenen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Seit nun fast acht Jahren hat sich ihre Situation am Arbeitsmarkt kaum verbessert. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen ist nach wie vor auf Rekordniveau. In der EU-28 waren im Jahr 2015 fast fünf Millionen Menschen unter 25 Jahren ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen stieg seit dem Jahr 2008 von 15,9 auf 20,3 Prozent in der EU-28. In vielen europäischen Ländern kletterte die Jugendarbeitslosigkeit sogar über die dramatische 30-Prozent-Schwelle.

Besonders problematisch ist die Verfestigung der Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen: In den Ländern Bulgarien, Griechenland, Spanien, Kroatien, Italien und Slowakei ist fast jede/r zweite arbeitslose Jugendliche bereits länger als zwölf Monate arbeitslos. Die Konsequenzen von Langzeitarbeitslosigkeit sind umfassend erforscht und verdeutlichen, dass ehemalige arbeitslose Jugendliche die negativen Folgen oft bis zu 20 Jahre nach der Arbeitslosigkeitserfahrung spüren.

In der Literatur wird von „scarring effects“ gesprochen, also Narben, die den Jugendlichen aufgrund der Arbeitslosigkeitserfahrungen lange anhaften. Dies schränkt in der Zukunft Beschäftigungs- und Einkommenschancen ein, erhöht ein wiederkehrendes Arbeitslosigkeitsri-

siko und führt zu Dequalifizierung. Darüber hinaus kann die Arbeitslosigkeitserfahrung zu einem schlechteren Gesundheitszustand und einer geringeren Lebenszufriedenheit beitragen.

In einem umlagefinanzierten Pensionssystem wirken sich diese Effekte negativ auf die individuellen Pensionen aus, und dem System an sich entgehen Beitragszahlungen. Aber auch für ein kapitalgedecktes Pensionssystem birgt eine hohe Arbeitslosigkeit Gefahren, da arbeitslose Jugendliche vermutlich kaum in der Lage sind, privat für die Altersvorsorge anzusparen.

Jugendliche haben entweder keinen Anspruch oder nur ein sehr geringes Arbeitslosengeld, das hauptsächlich für die Deckung der untermittelbaren Bedürfnisse benötigt wird. Damit werden durch das Phänomen der Jugendarbeitslosigkeit nicht nur Talente und Fähigkeiten von Jugendlichen verschwendet, sondern es kann auch zum Bumerang für die Finanzierung von Pensionssystemen – sowohl von privaten als auch von öffentlichen – werden.

Unsichere Verhältnisse

Der abrupte Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit beim Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise steht in engem Zusammenhang mit den unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Für viele junge Menschen beginnt die Berufslaufbahn mit atypischen Beschäftigungsformen, die sich durch befristete Verträge und wenig arbeits- und sozialrechtliche Absicherung kennzeichnen. In der Krise waren es denn auch Jugendliche, die als Erste den Job

verloren haben. Im Jahr 2008 hatten vor allem die Länder Slowenien (69,8 Prozent), Polen (62,8 Prozent), Spanien (59,2 Prozent), Portugal (54,6 Prozent), Schweden (53,6 Prozent), aber auch Deutschland (56,7 Prozent) extrem hohe Anteile an befristeten Beschäftigungsverhältnissen unter Jugendlichen.

In Österreich lag der Anteil bei 34,8 Prozent. Auffallend ist, dass seit Beginn der Krise die befristeten Beschäftigungen noch deutlich zugenommen haben. Im EU-Durchschnitt stieg ihr Anteil bei Jugendlichen von 40,2 Prozent im Jahr 2008 auf 43,4 Prozent im Jahr 2014. In Spanien gab es einen enormen Anstieg von 59,2 Prozent auf 69,1 Prozent.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Teilzeitbeschäftigten: Seit dem Jahr 2008 hat diese Form bei Jugendlichen nicht nur generell zugenommen, sondern insbesondere die unfreiwillige Teilzeitarbeit. Besonders dramatisch war der Anstieg etwa in Italien, wo der Anteil von 52,6 auf 82,9 Prozent anstieg, in Griechenland von 46,8 auf 66,2 Prozent, in Zypern von 39,2 auf 65,6 Prozent und in Spanien von 32,7 auf 59,1 Prozent. Dies bedeutet, dass sich die prekäre und vulnerable Position von Jugendlichen angesichts der enormen Knappheit an Arbeitsplätzen noch einmal verschärft hat. Somit müssen sie Arbeitsverhältnisse annehmen, mit denen später nur geringe Pensionsleistungen zu erwarten sind.

Schwerer Kampf gegen Ursachen

Die Austeritätspolitik in vielen europäischen Ländern führt zu Kürzungen von Staatsausgaben, die nicht nur die öffentliche Nachfrage senken und die Konjunkturentwicklung schwächen. Sie schränkt zusätzlich noch die politischen Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung der Ursachen von Jugendarbeitslosigkeit ein.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie vom Thinktank **Bruegel** betont, dass es in der EU zu Kürzungen der Staatsausgaben insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Familienförderung gekommen ist, also in jenen Bereichen, von denen Jugendliche besonders betroffen sind. Dabei wären vor dem Hintergrund des Strukturwandels und des hohen Arbeitslosigkeitsrisikos von Geringqualifizierten höhere öffent-

liche Investitionen in die Bildung angezeigt. Auch eine Intensivierung der Gesundheitspolitik ist angesichts der gut nachgewiesenen Zusammenhänge zwischen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Desintegration in der Arbeitswelt notwendig.

Klare Prioritäten nötig

Einen Teil der jungen Menschen hindert auch eine fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeit an einer Erwerbstätigkeit. Ein Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten würde die Vereinbarkeit von jungen Familien und Beruf erleichtern und zusätzlich Arbeitsplätze schaffen. Kürzungen in diesen Bereichen wirken sich somit negativ auf die individuellen Arbeitsmarktchancen aus, was wiederum negative Konsequenzen auf die Pensionssysteme hat.

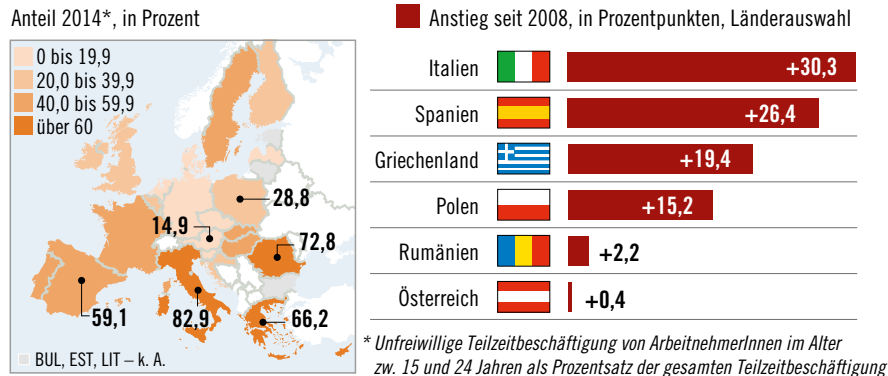
Die Zusammenhänge zwischen Pensionssystem und Arbeitsmarkt offenbaren eine klare Prioritätensetzung:

Oberste Priorität muss eine auf Vollbeschäftigung orientierte Politik haben, die die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse nicht außer Acht lässt. Der Weg dorthin wird aber nur über mehr – und nicht weniger – öffentliche Investitionen gelingen. Bekommt man die Herausforderungen am Arbeitsmarkt einmal in den Griff, werden sich die Fragen zur Generationengerechtigkeit des Pensionssystems wie von selbst lösen.

Die in diesem Artikel geäußerten Meinungen stellen die private Ansicht des Autors dar und decken sich nicht notwendigerweise mit jener der AK Oberösterreich. Für hilfreiche Anmerkungen danke ich Rudolf Moser.

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor tamesberger.d@akooe.at oder die Redaktion aw@oegb.at

Zahl der ArbeitnehmerInnen, die unfreiwillig Teilzeitarbeit leisten, ist zum Teil massiv gestiegen



Immer mehr Menschen bekommen nur noch befristete Arbeitsverträge

